

Die Schweiz: Das Chancenland des 21. Jahrhunderts

Die heutige Schweiz ist nicht nur eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte – sondern auch das Ergebnis erfolgreicher Integration.

Flavia Kleiner

Zum Einstieg zwei Fragen: Gibt es eine Region auf der Welt, in der Sie die Schweiz lieber verorten würden als da, wo sie liegt? Und: Gibt es eine Zeit, in der Sie lieber leben würden in diesem Land als heute?

Ich selbst beantworte beide Fragen mit einem Nein. Ich tue es deshalb, weil ich der Ansicht bin, dass die Schweiz – mitten in Europa – unglaublich stark positioniert ist. Unsere Nachbarn garantieren für unsere Sicherheit; ihre Volkswirtschaften und Konsumenten sind Abnehmer unserer Baumaschinen, Kochtöpfe oder Bankprodukte. Wir fühlen uns heute sicherer und wohlhabender als je zuvor, gerade weil unsere Nachbarstaaten untereinander – und wir mit Ihnen – verbandelt sind.

Ich halte den Erfolg einer weltoffenen Schweiz für offensichtlich: So ist die Schweiz eine der innovativsten und wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt. Und dieser Erfolg basiert massgeblich auf der Leistung zugewanderter Arbeitskräfte. Die aktuelle Zuwanderungspolitik, ein möglicher Wegfall der Bilateralen Abkommen oder etwa eine transatlantische Freihandelszone ohne Schweiz: Das alles bedroht die Innovationskraft der Schweiz und damit etwas, worauf wir die künftigen Erfolge der Schweiz bauen wollen.

Es ist seit jeher die Vielfaltigkeit unserer Kultur und Gesellschaft, welche die Schweiz ausmacht. Es ist befremdlich, wenn gesagt wird, es gäbe eine einheitliche schweizerische Kultur, die so und so beschaffen sei und die es gegen fremde Einflüsse zu verteidigen gäbe. Ich bin stolz auf Schweizer Eigenheiten – sie machen uns aus –, aber ich sehe darin keinen Anlass für die Abgrenzung gegen aussen.

Nicht bereit, die Kosten der Abgrenzung zu tragen

Wenn wir die wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren der Weltoffenheit übertragen auf die politisch notwendigen Rahmenbedingungen für die Fortschreibung der Erfolgsgeschichte, so halte ich ein interessenbasiertes Verhältnis zur Europäischen Union, der wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Partnerin der Schweiz, für unabdingbar. Dem Streben nationalkonservativer Kräfte nach verlustbringender Selbstbestimmtheit trete ich entgegen: Ich bin nicht bereit, die Kosten einer Abgrenzung zu tragen. Denn damit werden unweigerlich auch unsere Chancen für die Zukunft kleiner. Und das möchten auch die Stimmbürger nicht. Im letztjährigen Sorgenbarometer der Credit Suisse wünschten sich 50 Prozent der Befragten in erster Priorität die Fortsetzung der bilateralen Verträge, nur 24 Prozent sprachen sich für eine Kündigung aus.

Mehr Probleme mit restriktiver Migrationspolitik

Ich möchte hier die Herausforderungen, mit denen die Schweiz konfrontiert ist, abwägen. So strömt eine beeindruckende Bilderflut durch mediale Kanäle. Bilder der Grausamkeit von islamistischen Terrormilizen im Irak oder in Somalia etwa; von Menschen, die in grosser Armut leben oder sich auf der Flucht befinden, und von immer neuen wirtschaftlichen Krisenszenarien, die kaum zu überblicken sind. Der Anspruch an die Bürgerin und den Bürger, diese Eindrücke einzuordnen und nicht in Angst zu verfallen, ist gross. Doch was ist der Schlüssel, um mit dieser komplexen Welt umzugehen? Es ist nicht die Besitzstandswahrung. Natürlich, die Welt wandelt sich und die schiere Masse an schwer einzuordnenden Ereignissen könnte uns erdrücken. Aber Abschottung und Abgrenzung lösen keine Probleme.

Die Schweiz soll die sich verändernde Welt als Chance sehen für noch grösseren Erfolg in der Zukunft. Das gilt auch für die Zuwanderung: Viele Einwanderer sind Menschen mit grossem Antrieb, sie wollen sich ein besseres Leben erarbeiten. Sie tragen zu wirtschaftlichem Erfolg bei und wir sollten ihr Potential möglichst gut nutzen – Einwanderung ist nur dann ein Problem, wenn Einwanderer ausgegrenzt und in ihren Möglichkeiten beschnitten werden. Dann finden sie keinen Platz im Arbeitsmarkt und stehen sozial am Rand. Je restriktiver eine Migrationspolitik ist, umso mehr Probleme schafft die Migration, nicht umso weniger Migration gibt es.

Hydraulische Metaphern

Schliesslich würde eine vernünftige Migrationsdebatte die zahlenmässigen Relationen wahren. Stattdessen greifen Politikerinnen und Politiker auf entmenslichende hydraulische Metaphern zurück, sie sprechen gerne von Flüchtlingswellen, -fluten und -strömen.

Wenn also nationalkonservative Kräfte Feindbilder erschaffen, weil sie keine Argumente haben, dann machen sie unser Land nicht fit für die Zukunft in einer globalisierten Welt, sondern wollen uns an Bäume im Hinterwald binden. Eine Schweiz, die zuversichtlich auf Veränderungen blickt, und die Zukunft als Ort wachsenden Erfolgs sieht, kann selbstbewusst voran gehen. Auf dass wir auch in zehn, in fünfzig, in hundert Jahren mit Gewissheit sagen können: Wir liegen gut in Europa, und wir lieben es, in unserer Zeit zu leben!

Flavia Kleiner ist Co-Präsidentin der Operation Libero. Die Bewegung wurde nach der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative gegründet, ist wirtschafts- und gesellschaftsliberaler Gesinnung und verfolgt das Ziel, eine aktive Rolle in der politischen Debatte zu spielen.

Die Schweiz ist das weltoffenste Land

Freie Einwanderung hat nichts mit offenen Märkten zu tun. Wir müssen uns dringend überlegen, wo die Grenzen der Einwanderung liegen.

Luzi Stamm

Kein Wunder, wird die Einwanderung im «Sorgenbarometer» seit Jahren als eines der wichtigsten Probleme des Landes wahrgenommen: Auch wenn aus meiner Sicht die Zuwanderungs-Probleme von den meisten Medien lange heruntergespielt wurden, hat die Bevölkerung gemerkt, wie bedrohlich die Lage wird.

Leider wird diese zentrale Debatte durch Schlagworte dominiert. Die einen werden als «liberal» und «weltoffen» gepriesen, die anderen als «isolationistisch» und «abschottend» abqualifiziert. Sachdienlicher wäre es, wenn Fakten und Zahlen auf den Tisch gelegt würden. Selbst Politiker in höchsten Ämtern, so meine Erfahrung, haben oft keine Ahnung von den Grössenordnungen. Und die Wirtschaftsführer haben begreiflicherweise nur sehr beschränkte Zeit, sich dem Thema zu widmen.

Unter den Staaten mit über einer Million Einwohner ist die Schweiz das weltoffenste Land der Welt. Man betrachte schon nur die Zahl der Ausländer, die in der Schweiz wohnen: Gut zwei Millionen Menschen ohne Schweizer Pass leben dauerhaft hier, das sind rund 25 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung (nur in einigen Kleinststaaten sind die Werte höher). In keinem Land sind die Einwohner derart international ausgerichtet, pflegen sie so viele internationale Kontakte und sind sie mit so vielen ausländischen (Ehe-) Partnern liiert wie in der Schweiz. «Wir beschäftigen über zwei Millionen Ausländer im In- und Ausland», schrieb der welsche Wirtschaftsprofessor François Schaller, «wir haben mit der EU 130 Abkommen geschlossen. Und das nennt man Abkapselung, Alleingang und Réduit-Mentalität?»

Wohlstand durch wirtschaftliche Öffnung

Unsere Elterngenerationen haben es geschafft, die Schweiz innerhalb von nur rund 100 Jahren vom Armenhaus zum reichsten Land der Welt zu machen (ebenfalls im Vergleich mit Ländern über 1 Mio. Einwohner). Erreicht hat die Schweiz diese grossartige Leistung mit einer offenen, liberalen Politik. Ökonomisch ausgedrückt, ist unser Land das Musterbeispiel einer «SMOPEC», einer Small Open Economy.

Die Frage der Einwanderung wird oft mit der Frage der wirtschaftlichen Öffnung gleichgesetzt. Das ist ein «Taschenspielertrick». Im Grunde genommen müsste jeder Politiker und jeder Ökonom wissen, dass freie Einwanderung nicht das Geringste mit Marktöffnung zu tun hat. Trotzdem werden unter dem Slogan «Wir brauchen offene Märkte» diejenigen als wirtschaftsfeindlich dargestellt, die eine Kontrolle der Einwanderung fordern. Bei Leuten, die sich nur wenig mit der Politik oder mit Ökonomie beschäftigen können, ist mangelndes Sach- und Fachwissen entschuldbar, nicht aber bei den Politikern, welche die massgebenden Entscheidungen treffen. Diese müssten zumindest die Zahlen kennen.

Schlimm genug, dass sich der Bundesrat um bis das Zehnfache verschätzt hat, als er die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit prognostizierte. Zumindest sollte die Landesregierung nun die weltweiten Rekordwerte der Einwanderung offen kommunizieren: So ging er im Jahr 2000 im Abstimmungsbüchlein zur Volksabstimmung «Bilaterale Abkommen der Schweiz mit der Europäischen Union» von netto 8'000 bis 10'000 Zuwanderern pro Jahr aus. In Realität hat die Netto-Zuwanderung in den letzten Jahren aber um 80'000 Menschen betragen. Jahr für Jahr werden mehr als 150'000 neue Aufenthaltsbewilligungen ausgestellt – eine für die kleine Schweiz unglaubliche Zahl. Das ist, wie wenn die EU Jahr für Jahr rund 10 Millionen neue Zuwanderungs-Bewilligungen erteilen würde – eine Zahl, die die EU nie akzeptieren würde.

Zuwanderung via Asyl

Neben der Personenfreizügigkeit, also der freien – für uns nicht mehr steuerbaren – Zuwanderung aus der EU, wird für unser Land die «Zuwanderung via Asyl» immer problematischer. Welche Zahlen sich via «Asyl-Schiene» entwickeln können, zeigt insbesondere das Beispiel Kosovo. Heute leben rund 200'000 Menschen mit kosovarischem «Migrationshintergrund» in der Schweiz. Wenn die Balkanstaaten in fünf, zehn oder zwanzig Jahren der EU beitreten, wird die Personenfreizügigkeit auch mit diesen Ländern gelten. Werden dann zusätzliche 100'000, 500'000 oder sogar 1'000'000 allein aus dem Kosovo nachziehen?

Kein Land verkraftet unlimitierte Einwanderung. Die Verantwortungsträger unseres Landes täten gut daran, darüber nachzudenken, wo die Limiten liegen.

Luzi Stamm ist Ökonom und Rechtsanwältin. In den 80er-Jahren war er Gerichtspräsident in Baden, seit 24 Jahren ist er Nationalrat. Luzi Stamm ist dort Mitglied der Aussenpolitischen Kommission und der Rechtskommission. 2003 bis 2007 war er Mitglied des Europarats und gehörte dort der Migrations-Kommission an.